

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft  
*The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics*

Heise, Arne

## Working Paper

Vom "Nationalen Keynesianischen Wohlfahrtsstaat" zum "Globalen Nozickschen Minimalstaat" - oder: Die Transformation der Gesellschaft in der Demokratie und einige offene Fragen

Discussion papers // Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien, No. 27

## Provided in cooperation with:

Universität Hamburg (UHH)

Suggested citation: Heise, Arne (2011) : Vom "Nationalen Keynesianischen Wohlfahrtsstaat" zum "Globalen Nozickschen Minimalstaat" - oder: Die Transformation der Gesellschaft in der Demokratie und einige offene Fragen, Discussion papers // Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien, No. 27, <http://hdl.handle.net/10419/52136>

### Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

### Terms of use:

*The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at*

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>  
*By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.*



Arne Heise

**Vom 'Nationalen Keynesianischen  
Wohlfahrtsstaat' zum 'Globalen  
Nozickschen Minimalstaat'**

**oder: Die Transformation der Gesellschaft  
in der Demokratie und einige offene Fragen**

---

**ZÖSS**  
ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE  
UND SOZIOLOGISCHE STUDIEN

Discussion Papers  
ISSN 1868-4947/27  
Discussion Papers  
Hamburg 2011



# **Vom 'Nationalen Keynesianischen Wohlfahrtsstaat' zum 'Globalen Nozickschen Minimalstaat'**

**oder: Die Transformation der Gesellschaft in der  
Demokratie und einige offene Fragen**

Arne Heise

Discussion Paper  
ISSN 1868-4947/27  
Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien  
Universität Hamburg  
November 2011

## **Impressum:**

Die Discussion Papers werden vom Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien veröffentlicht. Sie umfassen Beiträge von am Fachbereich Sozialökonomie Lehrenden, NachwuchswissenschaftlerInnen sowie Gast-ReferentInnen zu transdisziplinären Fragestellungen.

## **Herausgeber/Redaktion:**

Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS)  
Kathrin.Deumelandt@wiso.uni-hamburg.de  
Fachbereich Sozialökonomie  
Universität Hamburg – Fakultät WISO  
Welckerstr. 8  
D – 20354 Hamburg

Download der vollständigen Discussion Papers:  
<http://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereiche/sozialoekonomie/forschung/zoess/publikationen/discussion-papers/>

## 1. Die Transformation moderner Sozialstaatlichkeit

Ich fange mit einer Behauptung an, die allerdings angesichts der gegenwärtigen weltweiten gesellschaftlichen Entwicklungen nicht sehr gewagt erscheint: Wir befinden uns inmitten einer Transformation der modernen Gesellschaft vom Wohlfahrts- zum Minimalstaat<sup>1</sup>. Die westlichen Gesellschaften haben Mitte der 1970er Jahre den Höchststand ihrer sozialstaatlichen Entwicklung in Form des von den Regulationstheoretikern so genannten '*Nationalen keynesianischen Wohlfahrtsstaat*' (NKWS) erreicht.<sup>2</sup> Bei historisch einmalig hohen Sozialausgabenquoten, hohen Wirtschaftswachstumsraten und geringer Arbeitslosigkeit, erreichte die (personelle) Einkommensdifferenzierung ein gleichermaßen historisches Minimum. Der weitgehend spannungsfreie Konjunkturverlauf erhält allerdings durch äußere Einflüsse – die beiden Ölpreisschocks Mitte und Ende der 1970er Jahre – erste härtere Dämpfer und mit deren Auswirkungen auf die Inflationsentwicklung jenes Einfallstor für die politische Wende zum Neoliberalismus, die 'den kurzen Traum der immerwährenden Prosperität' (Burkart Lutz 1984) jäh beendet und die Transformation zum '*Schumpeterianischen Wettbewerbsstaat*' (SWS) einleitet<sup>3</sup>. Diese Transformation wird vom monetaristischen Mantra der 'Preisstabilität als Grundbedingung für solides Wirtschaftswachstum' begleitet und schafft den Rahmen für eine monetäre Restriktion, die eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung nach der 2. Ölpreiskrise Anfang der 1980er Jahre verunmöglicht, dafür aber die Arbeitslosigkeit ansteigen und gleichzeitig die vormals überschüssigen öffentlichen Haushalte ins Defizit rutschen lassen<sup>4</sup>. In den 1990er Jahren wird die Transformation zum SWS durch die Liberalisierung von Arbeits- und Finanzmärkten, die Senkung von (vor allem) Unternehmens- und Spitzeneinkommensteuern und die Privatisierung der öffentlichen Güterbereitstellung – in Europa häufig mit Blick auf die verschiedenen EU-Governance-Prozesse begründet (vgl. Karrass 2009) – vollendet. Die Arbeitslosigkeit verbleibt ebenso hoch wie das öffentliche Defizit, die Inflation hingegen kann nur noch als Gespenst eine weiterhin restriktive Geldpolitik rechtfertigen. Schließlich beginnt auch, nach dem Fall der 'Berliner Mauer' und dem Scheitern der egalitären Systemalternative, die Einkommensdifferenzierung zuzunehmen.

---

<sup>1</sup> Damit stelle ich mich allerdings ausdrücklich in Gegensatz zu jenen Transformationsprognosen, die – gerade auch durch die jüngsten Krisenentwicklungen gestützt und wohl auf 'soziales Lernen' bauend – Übergänge in Richtung erneuerter bzw. 'partizipatorischer Wohlfahrtsstaaten' sehen (vgl. z.B. Vester 2011, Reißig 2009). Das zumindest in Europa von 'sozialem Lernen' gegenwärtig nicht viel zu sehen ist, zeige ich in Heise (2011a).

<sup>2</sup> Der NKWS zeichnet sich durch breite wirtschafts- und sozialpolitische Eingriffe zur Herstellung 'ausgleichender Gerechtigkeit' aus und kann deshalb als ergebnisorientiert (Umverteilung) bezeichnet werden. Zentrales Handlungsmotiv ist die Stabilisierung der Gesellschaft; vgl. u.a. Jessop/Sum (2006: 106 ff.).

<sup>3</sup> Der SWS reduziert die Eingriffsintensität des Staates erheblich, da lediglich 'Teilnahmegerechtigkeit' angestrebt wird und er also ausgangs-, nicht zielorientiert ist. Zentrales Handlungsmotiv ist hier der Standortwettbewerb. Wie auch im Falle des NKWS haben unterschiedliche Kulturen und Institutionen eine Vielzahl von unterschiedlichen SWS entstehen lassen, die insbesondere in der 'Varieties of Capitalism'-Forschung ausführlich untersucht wurden (vgl. z.B. Hall/Soskice 2001; Iversen 2006).

<sup>4</sup> In Heise (2001) verweise ich auf die Selbstverstärkungen, die aus geld- und finanzpolitischer Restriktion, der sich auftuenden 'Domarschen Verschuldungsfälle' (Domar 1944) und der daraus wiederum abgeleiteten Konsolidierungsnotwendigkeit ergibt.

In den 2000er Jahren hat nun die Transformation zum '*Globalen Nozickschen Minimalstaat*' (*GNMS*)<sup>5</sup> begonnen, den sich ein kleiner Zirkel ultraliberaler Intellektueller 1947 bei der Gründung der Mont Pelerin Gesellschaft (MPG) erträumte.<sup>6</sup> Diese neuerliche Transformation, die überall maßgeblich von der 'Neuen-Mitte-Sozialdemokratie' mitgetragen wird oder zumindest vorbereitet wurde (vgl. u.a. Nachtwey 2009), ersetzt das Preisstabilitäts- durch das Haushaltskonsolidierungs-Mantra, das eine massive Sparpolitik auch und gerade nach der Weltfinanzkrise am Ende der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts einfordert. Die Wirtschaftsentwicklung verbleibt nicht nur stagnativ, sie wird auch krisenanfälliger, die Arbeitslosigkeit bleibt hoch und die Einkommensungleichheit erreicht Ausmaße wie zu Beginn des vorigen Jahrhunderts.

Ich benötige diese Annahme der Gesellschaftstransformation vom 'NKWS' zum 'GNMS', um die weiterführende Frage stellen zu können, wie es in 'sozialen Demokratien' – also in Gemeinwesen mit kollektiven Entscheidungsregeln, die doch eigentlich die Präferenzen der Mehrheit abbilden sollten (was ja genau die Sorge der Gründer der Mont Pelerin Gesellschaft war, die die individuellen Interessen der begüterten Elite (des 'Individuums') durch die kollektiven Interessen der Massen (des 'Kollektivs') gefährdet sahen<sup>7</sup>) dazu hat kommen können? Um den Gehalt dieser Frage noch zu präzisieren, sollte darauf verwiesen werden, dass die unterstellte Transformation sicher durch jenes Phänomen, das mit Globalisierung beschrieben wird und heute in fast allen Begründungszusammenhängen gebracht wird, beschleunigt wurde, sie letztlich aber politisch eingeleitet (z.B. auch durch die Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte im Auftrag der effizienten Ressourcenallokation) und umgesetzt wurde und sich folglich der demokratischen Kontrolle stellen musste.<sup>8</sup> Und klar ist auch – wie immer man diese Transformation ideologisch bewerten mag – , dass sie eindeutig den materiellen Interessen der Kapitalbesitzer und deren Agenten (insbesondere Manager) an der Spitze der Einkommenskala – also den **wirtschaftlichen Eliten** – dient,<sup>9</sup> keinesfalls aber als 'erfolgreich' im Sinne einer Verbesserung der Lebensumstände der breiten Bevölkerungsmasse gewertet werden kann: Bis weit in die mittleren Einkommen hinein sind die Netto-

---

<sup>5</sup> Robert Nozick (1974) beschreibt in seinem Hauptwerk 'Anarchy, State and Utopia' einen Minimalstaat als einzig zu rechtfertigende Form des Gemeinwesens, die Umverteilung als Ziel allerdings nicht erlaubt.

<sup>6</sup> Vgl. Walpen (2004: 251ff.). Es scheint, als würde die 'Tea Party'-Bewegung in den USA die Vorstellungen der Mont Pelerin Gesellschaft durch die Republikanische Partei umzusetzen trachten. Dies gilt wohl für den Angriff auf den Sozial- und Interventionsstaat, nicht aber für die liberale Beschränkungen von 'Corporate America'; vgl. Douthat (2010). In Deutschland kann die ‚Sloterdijk-Kontroverse‘ als Aufmerksamkeit erheischender Aufschrei der ‚Leistungselite‘ gegen den (verbliebenen) Sozialstaat gewertet werden; vgl. Sloterdijk (2009), Rehmann/Wagner (2010).

<sup>7</sup> Erstaunlicherweise ist die Frage, weshalb es nie zu der von Liberalen immer befürchteten 'Ausbeutung' der wenigen reichen durch die vielen weniger reichen oder gar armen Gesellschaftsmitglieder ('Soaking the rich') gekommen ist, selten gestellt wurden vgl. Iversen (2006).

<sup>8</sup> Ähnlich zu bewerten ist wohl das Argument, dass die Europäische Integration – quasi jenseits der demokratischen Kontrolle und durchaus als 'hidden agenda' (Scharpf 2011: 35) – diese Entwicklungen erzwingt. Aber einerseits müssten dann deutlichere Unterschiede zwischen den EU-Ländern mit starkem EU-Governance-Einfluss (also den EWU-Ländern) und den anderen EU-Ländern (wie z.B. Großbritannien) oder natürlich Ländern außerhalb der EU (also z.B. die USA) festzustellen sein, andererseits spielt die EU in der konkreten nationalen Diskussion um die Sozialstaatsentwicklung eher eine untergeordnete Rolle.

<sup>9</sup> An anderer Stelle (Heise 2003; Heise 2008) haben ich die oben nur angedeutete Verbindung zwischen restriktiver Makropolitik, Arbeitslosigkeit und Einkommensverteilung herausgearbeitet und von 'Politischer Ökonomie der Meritokratie' gesprochen.

Reallöhne in den letzten beiden Dekaden kaum gestiegen, am unteren Ende sogar absolut gesunken (vgl. Brenke 2009), die Beschäftigungssicherheit (Beschäftigungsdauer und Wiederbeschäftigungswahrscheinlichkeit) hat für viele Menschen abgenommen (vgl. Möller/Schmillen 2008), das Niveau der sozialen Sicherung ist bereits mit der Begründung der 'Marktinklusio'n' gesenkt worden und droht nun im Übergang vom SWS zum GNMS weiter deutlich reduziert zu werden.<sup>10</sup> Die Erklärungsbedürftigkeit dieser Entwicklung, die auf demokratisch legitimerter (Wirtschafts-)Politik basiert und *grosso modo* unabhängig von den spezifischen Regierungskonstellationen betrieben wurde, wird nun hoffentlich ebenso deutlich<sup>11</sup> wie die weiterführende Frage nach demokratiethoretischen Konsequenzen.

## 2. Alles demokratisch legitimiert, oder?

Warum also unterstützen die Wähler eine Politik, die so offensichtlich mehrheitlich nicht ihren materiellen Interessen entspricht? Wieso also greift die Logik der 'sozialen Demokratie' nicht (mehr)? Muss man in verschwörungstheoretischer Manier danach suchen, ob die Mont-Pelerin-Gesellschaft in Verbindung mit den wirtschaftlichen Eliten eine durch Korruption ausgelöste Entkopplung von Wählerpräferenzen und Regierungshandeln bewirkten, wie es Paul Krugman (2011) nahelegen scheint, wenn er schreibt: "Dies (die Kapitalbesitzer, A.H.) ist nicht nur die Klasse, die viel Geld für Wahlkampagnen spendet, sie hat auch persönlichen Zugang zu den maßgeblichen Politikern – von denen dann viele, wenn sie aus der Politik ausscheiden, in die Wirtschaft wechseln." Wenngleich manche (wirtschafts-)politische Entscheidung ohne Berücksichtigung von – vorsichtig ausgedrückt – Lobby-Aktivitäten kaum nachvollziehbar erscheint, fällt es doch schwer zu glauben, dass hier eine Weltverschwörung am Werke sein soll. Auch die mögliche Antwort, die Wähler verständen es einfach nicht, dass sie sich gegen die eigenen Interessen entschieden<sup>12</sup>, erscheint allenfalls in der Form haltbar, dass es vielen (wenn nicht allen) Wählern schwer fällt, bei der Vielzahl von Informationen und Interpretationsmöglichkeiten von Kausalzusammenhängen (wer weiß denn schon, ob die Reduktion von Sozialausgaben funktionale Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung ist?) – also unter Unsicherheit – rationale Entscheidungen zu treffen (vgl. Roemer 1998). Akzeptiert man diese Argumentation – und die Konsequenzen müssen dann später noch diskutiert werden -, dann wird damit zumindest die von der Rational-Choice-Theorie gegebene Antwort unterminiert: Dieser politökonomische Mainstream reklamiert nämlich, dass gerade die langfristigen, strategischen Politikentscheidungen das Ergebnis rationaler Wähler sind, die

---

<sup>10</sup> Heise/Lierse (2011) haben die Auswirkungen der ersten Welle (bis Ende 2010) von Sparprogrammen nach der Weltfinanzkrise auf das 'Europäische Sozialmodell' untersucht – mittlerweile sind längst weitere Sparwellen über viele Länder (nicht nur) der Europäischen Union gelaufen.

<sup>11</sup> Nach Rieger/Leibfried (1998) ermöglicht die Entwicklung des Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaates nach dem 2. Weltkrieg die Öffnung der nationalen Volkswirtschaften ('free trade') in bislang unbekannter Weise, weil damit Verlierer dieses Internationalisierungs- bzw. Globalisierungsprozesses kompensiert werden konnten. Diese Funktionalität des Sozialstaates muss aber natürlich politisch vermittelt und entsprechend demokratisch legitimiert werden. Nimmt man die Argumentation ernst, dann verhindert diese Logik und Funktionsweise der 'sozialen Demokratie' gerade jene Entwicklung, die wir hier unterstellen.

<sup>12</sup> Ich hielte es für sehr bedenklich, hierbei zwischen Präferenzen und 'wahren Interessen' der Menschen unterscheiden zu wollen. Natürlich können Bedürfnisse und deren Wertigkeit (z.B. durch Werbung) beeinflusst werden – doch hieraus eine Diskrepanz zwischen subjektiven Präferenzen und wahren Interessen zu machen, impliziert die Unmündigkeit der Entscheider.



sich immer für jene Politik entschieden, die ihren eigenen Präferenzen am nächsten kommt. Da der Politik-Markt ein 'Winner-takes-it-all'-Markt ist, impliziert dies bei 'normaler' eingipfliger Wählerverteilung im Links-Rechts-Schema einerseits eine allmähliche Annäherung der Wahlprogramme der konkurrierenden Parteien (die damit zu ‚Allerweltparteien‘ werden<sup>13</sup>), andererseits die Bestimmung der Politikinhalte durch den Median-Wähler. Nach dieser Erklärung müssten sich entweder die Präferenzen dieses Median-Wählers deutlich vom solidarischen Kollektivisten zum egoistischen Individualisten verschoben haben, wenn die Transformation vom NKWS zum GNMS das Ergebnis rationaler Wahlentscheidungen sein sollte oder die Charakteristik des Medianwählers müsste sich durch gesellschaftlichen Strukturwandel entsprechend verändert haben. Die Wahlforschung zumindest für die Bundesrepublik zeigt allerdings, dass trotz unbestreitbarer Individualisierungs- und sozialer Strukturierungsprozesse in den letzten drei Dekaden die breite Wählermasse (und darunter wohl auch der Median-Wähler) weiterhin bereit ist, durch Einkommensredistribution mittels Steuer- und Sozialsystem gesellschaftliche Solidarität zu honorieren (vgl. z.B. Köcher 2010; Vester 2011: 45). Und auch die Charakterisierung des deutschen Median-Wählers als ein gut ausgebildeter Facharbeiter aus dem mittleren Einkommensdezil<sup>14</sup> korrespondiert nicht mit dem materiellen Interessenprofil, das die Transformation vom NKWS über den SWS zum GNMS erklären könnte.<sup>15</sup>

Nun ist die Erklärungskraft einer Theorie, die auf die informierte Rationalität der Wähler baut, ohnedies beschränkt, wenn die reale Welt durch Unsicherheit – also Informations- und Informationsverarbeitungsmängel – gekennzeichnet ist. Unter diesen Umständen kann keine rationale, sondern allenfalls eine heuristische Wahlentscheidung (Kahneman/Slovic/Tversky 1982; Maurer 2008) getroffen werden, d.h. grundsätzlich orientieren sich Wähler an ideologischen Grundausrichtungen (die durch Herkunft, Milieu, Weltanschauung, etc. bestimmt werden und recht stabil sind), die von medial vermittelten Konnotationsprozessen (Themenrahmung bzw. 'Framing' und Personendarstellungen) überlagert werden. Damit kommt der ideologischen Markenbildung in einem medialen Perzeptionsrahmen eine besondere Bedeutung ebenso zu wie den strukturellen Rahmenbedingungen (vgl. Heise 2005): Je homogener die ideologische Positionierung der gesellschaftlichen Eliten und der Medienlandschaft (die heute wesentlich als Wirtschaftsunternehmen denn als religiöse oder politische Tendenzbetriebe wie in früheren Jahren zu verstehen ist<sup>16</sup>) desto einseitiger der Agenda-Setting-Prozess (Durchsetzung eines 'Pensee Unique') und eingeschränkter der Diskursspielraum, der mit einer positiven Konnotation rechnen darf.<sup>17</sup> Wenn dieser agenda-theoretische Ansatz nicht als Alternative (vgl. Heise 2005), sondern nur als subjektive Weiterentwicklung des Median-Wähler-Modells verstanden und insbesondere von einem unitarischen, eingipflig verteilten, hochmobilen Wäh-

<sup>13</sup> Was auch erklären würde, weshalb die zu beobachtende Transformation unabhängig von der aktuellen Regierungskonstellation stattgefunden hat: die Parteienkonkurrenz hat zum 'Politikmonopol' geführt.

<sup>14</sup> So jedenfalls haben sich die Wahlstrategen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) die wahlentscheidende Zielwählergruppe vorgestellt; vgl. Vester (2000: 17f.).

<sup>15</sup> Milanovic (2000) zeigt, dass der Median-Wähler im Rahmen des Rational Choice Modells ein relativ armes Individuum (d.h. mit einem Einkommen unter dem Mittelwert) mit Umverteilungsinteressen ist.

<sup>16</sup> Am wohl intensivsten hat Noam Chomsky (2006) die Bedeutung der Medien für demokratische Entscheidungsprozesse untersucht und entsprechend ein 'Propaganda-Modell' entwickelt.

<sup>17</sup> Maurer (2008) zeigt, dass medial vermittelte Konnotationen und Personenzuschreibungen und deren Veränderungen stark mit individueller Perzeption und deren Veränderung korrelieren.

lervolk ausgegangen wird, lässt sich leicht einsehen und erklären, weshalb die großen politischen Massenbewegungen (im allgemeinen wohl als ‚sozialdemokratisch‘ und ‚konservativ-liberal‘ zu kontrastieren) sich in kaum unterscheidbarer Weise einem als gegebenen akzeptierten Paradigma beugen<sup>18</sup> und somit den politischen Wettbewerb weitgehend einschränken: Wenn (wirtschafts)politische Programme und konkrete Instrumentarien sowohl in den Massen- wie auch den wissenschaftlichen Fachmedien fast ausschließlich in **neoliberaler Konnotation** diskutiert und Alternativen marginalisiert und ridikulisiert werden, dann bedarf es schon einer hohen Konflikt- und Nonkonformitätsbereitschaft und einer großen Befähigung, negative Aufmerksamkeit in Akzeptanz und Anerkennung zu verwandeln, die sich zumindest die großen Massen- und Volksparteien nicht zutrauten<sup>19</sup> - selbst eine mögliche, das Wählerspektrum durch Parteineugründung besser ausnutzende Arbeitsteilung im ‚linken‘ Politikspektrum wird dann verunmöglicht, wenn diese Partei(en) radikalisiert und tabuisiert wird.<sup>20</sup> In diesem Sinne kann vom ‚Ende der Ideologien‘ gesprochen werden<sup>21</sup>, was eigentlich besser als ‚Ende konkurrierender Ideologien in der Mediokratie‘ bezeichnet würde und den Verlust echter gesellschaftspolitischer Alternativen impliziert, die die These von der Prägnanzkraft der ‚sozialen Demokratie‘ als Voraussetzung benötigt.

### 3. Die EU-Schuldenkrise als Transformationsmechanismus

Exemplarisch für diese Einschätzung steht die Entwicklung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik nach der Weltfinanzkrise der Jahre 2008-2010: Die Weltfinanzkrise wurde von so genannten ‚Ponzi‘-Spekulanten im amerikanischen Immobiliensektor ausgelöst, deren ‚Wetten‘ auf immersteigende Immobilienpreise irgendwann – wie jedes Kettenbrief-Spiel – zusammenbrechen musste und, indem diese Kreditrisiken durch Verbriefung (Securitisation) weitergereicht und durch die Konstruktion von schwer durchschaubaren Kreditpaketen (structured Securitisation) verschleiert wurden, sich durch die internationalen Finanzmärkte weltweit verbreiteten. Da das Ausmaß dieser Spekulationskrise und die Beteiligung des Bankensystems groß waren, drohte eine allgemeine Vertrauenskrise das Weltfinanzsystem zum

---

<sup>18</sup> In Heise (2005) habe ich dies am Beispiel der Agenda 2010-Politik der deutschen Sozialdemokratie versucht nachzuzeichnen.

<sup>19</sup> Wie dies grundsätzlich funktionieren kann, hat Gerhard Schröder mit seiner Ablehnung des Irak-Krieges Anfang der 2000er Jahre vorgemacht, als er sich gegen die ‚Kampf-dem-Diktator‘-Stimmung der Massenmedien stellte. Auf wirtschaftspolitischem Gebiet hat er eine solche Opposition offenbar nicht für möglich gehalten bzw. zugehört.

<sup>20</sup> Erstaunlicherweise können konservativ-liberale Parteien leichter ohne Reputationsverlust einen Tabubruch – d.h. Koalition mit einer von den Massenmedien als staatsgefährdend konnotierte Partei – überstehen als sozialdemokratische Parteien. Jedenfalls hat es der Hamburger CDU nicht geschadet, mit der Schill-Partei zu koalieren, wie auch die österreichische ÖVP langjährig eine Koalition mit der rechtsradikalen FPÖ eingehen konnte und die italienische Forza Italia bis heute mit Unterstützung der neofaschistischen Lega Nord regiert, während der Versuch einer Koalition der SPD in Hessen mit den Linken zu einer massiven medialen Hetzjagd (‚Wählerbetrug‘) und einer Zerreißprobe der hessischen SPD-Landtagsfraktion führte, die letztlich die angestrebte Koalition im linken Wählerlager verhinderte. Auch hätte es nach der Bundestagswahl 2005 zu einer rot-rot-grünen Regierung statt einer großen Koalition kommen müssen, wenn die Schnittmengen politischer Ziele für Koalitionsbildungen ausschlaggebend wären; vgl. Heise (2010a). Kraiker (2011: 70f.) weist daraufhin, dass ‚Gefahr für den Erhalt der Herrschaftsstruktur‘ das Kriterium für die medial gesteuerte Radikalisierung und Tabuisierung sein kann.

<sup>21</sup> Fukuyama (1989) nennt es zwar ‚das Ende der Geschichte‘, meint aber das Ende der ideologischen Konfrontation nach dem Zerfall des sowjetischen Machtbereichs konstatieren zu können.

Kollabieren zu bringen. Nur das beherzte Eingreifen der Regierungen und nationalen Zentralbanken verhinderte dies – allerdings mit teilweise drastischen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte vieler Staaten. So stieg die Staatsverschuldung in vielen Staaten in einem Ausmaß wie allenfalls früher in Kriegszeiten – und auch die Ursache des dramatischen Anstiegs konnte nicht mit den üblichen Verdächtigungen ausgabewütiger, unsolider Regierungen, sondern nur mit der Abwehr großer Schäden für die Gesellschaft – eben wie in Kriegszeiten – benannt werden. Wer nun aber glaubte, dass zur Bewältigung der zweifellos entstandenen Haushaltsprobleme die Verursacher (die Finanzmarktteilnehmer und, vor allem, deren ‚Big Player‘ wie Großbanken, Versicherungen und Anlagefonds), die Profiteure des Vorkrisen-Booms (wie z.B. die Investmentbanker) oder jedenfalls die wirtschaftlich Starken herangezogen werden, indem z.B. die Unternehmenssteuer- und die Spitzeneinkommensteuersätze nach langer Phase des Sinkens in der Transformation vom NKWS zum SWS auf Niveaus angehoben würden, die den Stabilisierungsaufgaben des Staates entsprechen,<sup>22</sup> der sah sich vollkommen getäuscht. Überall werden die Staatsausgaben in Frage gestellt und massiv gekürzt (vgl. Heise/Lierse 2011), die Staatseinnahmen hingegen werden nur sekundär betrachtet und hier vor allem die besonders regressiven Verbrauchssteuern und, natürlich, weitere Veräußerungen von Staatsvermögen ins Spiel gebracht. Zwar ist es ökonomisch richtig, dass Steuererhöhungen in konjunkturellen Krisenzeiten unpassend sind – allein, massive Kürzungen von Staatsausgaben, die wesentlich Transfereinkommen für private Haushalte im Niedrigeinkommensbereich darstellen, sind zweifellos ökonomisch unsinniger (Arestis/Pelagidis 2010; Kitromilides 2011). Aufgrund der geringen ökonomischen Kenntnisse der meisten Bürger ist aber nicht die tatsächliche Funktionalität wirtschaftspolitischer Maßnahmen entscheidend, sondern deren Begründung und Legitimation. Und hier fällt auf, dass es eigentlich gar keine Begründung für die Konsolidierungsmaßnahmen, die die Transformation zum GNMS vorantreiben werden, gibt. Einerseits scheint sich die umgangssprachliche Gleichsetzung von ‚Konsolidierung‘ und ‚Kürzung‘ konnotativ festgesetzt zu haben, andererseits mag selbst angesichts der Weltfinanzkrise, die schnell zu einer Staatsfinanzkrise (nicht nur in der EU) umgeschrieben wurde, niemand dem seit über 2 Jahrzehnten eingeübten Einheitsdenken von der Notwendigkeit eines ‚schlanken Staates‘ als Wachstumsvoraussetzung zu widersprechen.<sup>23</sup> Statt also die zugegebenermaßen komplexeren Verbindungen von Staatsausgaben, aggregierter gesamtwirtschaftlicher Nachfrage, strukturellen (investiven) und konjunkturellen (konsumtiven) Haushaltsdefiziten zu beleuchten, wird nicht nur in der Bou-

---

<sup>22</sup> So lagen die marginalen Spitzeneinkommensteuersätze in den 1950er und 1960er Jahren, im Gefolge des 2. Weltkrieges, international bei 60 – 90%!

<sup>23</sup> C.F Friedrich (1960) spricht hier von ‚Autorität‘ in der Kommunikation, da Äußerungen und soziale Handlungen zwar begründbar sein müssen, aber auf die Begründung aus Vereinfachungsgründen verzichtet werden kann. Trotz der Geschehnisse der Weltfinanzkrise und entgegen den Hoffnungen vieler kritischer Ökonomen auf eine diskursive Öffnung der finanzpolitischen Diskussion wird also ‚Sparpolitik‘ eine gewisse Autorität zugebilligt und damit handlungsmächtig. Anders also als die ‚Hegemonie des Keynesianismus‘, die Anfang der 1980er Jahre nach einer Phase der Stagflation schnell beendet war und von der ‚Hegemonie des Neoliberalismus‘ abgelöst wurde, zeigt sich dieser sehr viel widerstandsfähiger – was Crouch (2011: 51) auf die dahinterstehenden Interessen zurückführt: „Denn die Krise des Keynesianismus führte nicht deshalb zu seiner Abschaffung statt zu einer Reform oder Anpassung, weil irgend etwas an seinen Ideen grundsätzlich falsch wäre, sondern weil die Schicht, deren Interessen er vertrat – die Arbeiterschaft der westlichen Industrieländer – sich im historischen Niedergang befand und ihre gesellschaftliche Macht zu verlieren begann. Im Gegensatz dazu haben die Kräfte, die heute vom Neoliberalismus profitieren – globale Konzerne insbesondere des Finanzsektors – keineswegs an Einfluss verloren.“

levard-, sondern auch in der Qualitätspresse das eingängige Bild von den unsoliden Staatshaushältern und dem Unwillen zu ‚Reformen‘ (gemeint sind Sozialkürzungen) gezeichnet,<sup>24</sup> während sich der ökonomische Mainstream beeilt, alle Maßnahmen, die den Sparzwang mildern könnten, zu diskreditieren.<sup>25</sup>

Es erscheint deshalb wenig verwunderlich, dass unter diesen Framing-Bedingungen, die als harte Perzeptionsvorgaben fungieren, eine offene Diskussion über alternative finanz- und sozialpolitische Entwicklungspfade deshalb nicht mehr geführt werden kann, weil die von Gewerkschaften, linken Parteien, kritischen Wissenschaftlern und gar manchen journalistischen Kommentatoren eingebrachten Alternativvorschläge<sup>26</sup> nicht über den Status der belächelten Minderheitenposition hinauskommt, die nicht weiter ernst genommen werden und aufgrund der Autorität der ‚Konsolidierung = Sparen‘-Konnotation gar mit dem Verlust der Glaubwürdigkeit bezahlt werden müssten.<sup>27</sup>

#### 4. Politikversagen, Demokratiever sagen oder was?

Aufgabe der Politik sollte es sein, das Gemeinwohl zu maximieren. Nun wissen wir spätestens seit Arrows bahnbrechender Arbeit ‚Social Choice and Individual Values‘ (1963), dass die Bestimmung des Gemeinwohls in einer heterogenen Gesellschaft nicht konsistent erfolgen kann. Aber auch die Lösung des Problems, die allein deshalb anfechtbar ist, weil damit nicht dem Gemeininteresse zum Durchbruch verholfen werden kann, sondern bestenfalls sich die Interessen der Mehrheit gegen die Interessen der Minderheit formieren lassen, durch Entscheidung nach simplem Mehrheitswahlrecht zu einer Formulierung des ‚Gemeinwohls‘ zu kommen, kann selbst unter optimalen Informationsbedingungen zu instabilen Entscheidungsverhältnissen führen. Die besondere Bedeutung, die hierbei den Agenda-Setting- und Framing-Kapazitäten der sozioökonomischen Akteure zur Durchsetzung der eigenen Interessen zukommt, wird unter eingeschränkten Informationsbedingungen, wie gesehen,

---

<sup>24</sup> Exemplarisch an der Bild-Zeitung als dem Boulevard-Blatt mit der größten Auflage in Deutschland haben dies untersucht: Arlt/Storz (2011). Nordmann (2009) konzentriert seine Betrachtungen auf die Qualitätspresse ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung‘, ‚Süddeutsche Zeitung‘, die ‚Neue Zürcher Zeitung‘ und die ‚Weltwoche‘.

<sup>25</sup> So verfasst ein ‚Plenum der Ökonomen‘ – eine repräsentative Ansammlung deutscher akademischer Ökonomen – eine ‚Stellungnahme zur EU-Schuldenkrise‘, in der vor dem Europäischen Stabilitätsmechanismus, dem so genannten ‚Euro-Rettungsschirm‘, gewarnt wird, weil er „hoch verschuldeten Ländern massive Anreize biete(t), die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen und eine Verschuldungspolitik zu Lasten der EU-Partner fortzusetzen“ (Plenum der Ökonomen 2011) – hier wird eindeutig insinuiert, dass die Länder für ihre hohe Verschuldung selbst verantwortlich sind und sich nicht weiter zulasten der ‚solideren‘ anderen EU-Länder verschulden können sollen. Wenn ein entsprechend solideres Haushalten – z.B. durch Ausgabenkürzungen – mittelfristig nicht durchsetzbar ist, dann empfehlen die Autoren den Staatsbankrott (der Verschuldung an Kapitalmärkten in der nächsten Zukunft verunmöglichen würde).

<sup>26</sup> Vgl. z.B. Stiglitz (2010), die Kommentarseiten der Financial Times Deutschland oder die Stellungnahmen und Veröffentlichungen des gewerkschaftsnahen European Trade Union Institute (ETUI) und des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans Böckler Stiftung.

<sup>27</sup> Für die Sozialdemokratie tut sich das Glaubwürdigkeitsproblem auf, jetzt – nachdem die Weltfinanzkrise die Zweifel an der Stabilität des Kapitalismus und der Effizienz der Märkte genährt hat – jene (Wirtschafts)Politik zu hinterfragen, die als ‚linke Angebotspolitik‘ von der ‚Neuen Mitte‘-Sozialdemokratie noch vehement vertreten wurde.

noch verstärkt – mit der Konsequenz, dass das ‚Gemeinwohl‘ unter mediokratischen Voraussetzungen eher ‚elitär‘ denn ‚gemein‘ definiert wird.<sup>28</sup>

Dieses offensichtliche ‚Demokratiever sagen‘, das sich in der von der Gesellschaftsmehrheit nicht gewünschten Transformation vom Wohlfahrts- zum Minimalstaat manifestiert, darf aber nicht als fundamentale Demokratiekritik verstanden werden. Denn Entscheidungen über die Bereitstellung kollektiver oder öffentlicher Güter (als was Politik verstanden werden kann) müssen kollektiv und nicht etwa individuell (also durch einen mehr oder weniger benevolenten Diktator, den Platonschen Philosophenkönig oder die Einheitspartei) getroffen werden, um Legitimität zu erlangen.<sup>29</sup> Es kann also allenfalls darum gehen, die demokratischen Entscheidungsprozesse zu verändern oder die Rahmenbedingungen, unter denen kollektiv entschieden wird. Auch sollte nicht so getan werden, als wenn das Ergebnis unserer bisherigen Ausführungen neu wäre: Schon Karl Marx fügte der Demokratie in kapitalistischen Ländern das Adjektiv ‚bourgeois‘ bei, um auf den elitären Bias zu verweisen und die gesamte Rational Choice-Schule beklagt den Einfluss der Sonderinteressen in Demokratien, versteckt diese Kritik aber unter den unverdächtigen Begriffen ‚Staats- oder Politikversagen‘ - während Marx auf eine Gesellschaftsreform (klassenlose Gesellschaft, die die Probleme der Interessenaggregation zu überwinden verspricht<sup>30</sup>) baut, setzt die Rational Choice-Schule eher auf politische und ökonomische Bildung (Beseitigung von Informationsproblemen) und die Zerschlagung von Verteilungskonkordien (z.B. Gewerkschaften).

Diese unterschiedlichen Reaktionsweisen – hier Marx‘ Gesellschaftsreform, dort die Prozessreformen des Rational Choice – sind durchaus zwingend, ist doch Marx‘ ‚Demokratiever sagen‘ in die Kategorie ‚Capitalism subverts Democracy‘ einzuordnen, während die Rational Choice-Schule ‚Demokratiever sagen‘ besser unter ‚Democracy subverts Capitalism‘ kategorisiert (vgl. Almond 1991). Einerseits erscheint es aber fraglich, ob eine Gesellschaft (sozialistisch oder kommunistisch) je so gestaltet werden kann, dass es keine materiellen Interessen-

---

<sup>28</sup> Die strukturelle Identität der Interessen der gesellschaftlichen Elite und der Medien als Wirtschaftsunternehmen kann erklären, was Keith Dowding (1996: 71ff.) in seinem Buch über ‚Macht‘ als „systematisches Glück der Kapitalisten“ bezeichnete. Der elitäre Bias des ‚Gemeinwohlbegriffs‘ lässt sich übrigens durch die gesamte Ideengeschichte verfolgen. Und Hirschman (1982) beschreibt einen zyklischen Prozess der Stimmungsänderungen, der die Dominanz elitärer Zuschreibungen und Interpretationen überlagert und so temporäre ‚Renaissancen des Öffentlichen‘ ermöglicht.

<sup>29</sup> Rein theoretisch kennt auch ein Diktator, der Philosophenkönig oder die Einheitspartei das Gemeinwohl nicht genauer als die Individuen, aus deren Präferenzen das Gemeinwohl summiert werden muss. Allenfalls könnte die mangelnde Input-Legitimation im Falle individueller Entscheidungsfindung durch höhere Output-Legitimation (also ein pareto-überlegenes Ergebnis) kompensiert werden. Um diesen Gedanken aber weiter spinnen zu können, müsste es einen – zumindest mir nicht bekannten – Nachweis eines systematischen Tradeoffs zwischen Input- und Output-Legitimation geben. Tatsächlich mag es Beispiele (Chile im 20. Jahrhundert oder das kontemporäre China; vgl. z.B. Keech 2004) geben, in denen autokratische Institutionen bessere wirtschaftliche Ergebnisse brachten als demokratische Institutionen, doch reichen Einzelfälle hier nicht aus, um diesen hochsensiblen Zusammenhang systematisch zu belegen. Olson (1993) – einer der härtesten Kritiker der demokratischen ‚Rent-Seeking-Gesellschaft‘ kommt gar zu dem Ergebnis, dass Demokratien grundsätzlich ökonomisch autokratischen Gesellschaften überlegen sind; vgl. Olson (1993).

<sup>30</sup> Als eine Variante dieser Überlegung – allerdings ausgangs-, nicht zielorientiert – kann Roemers (1998: 173) ‚Politik der Chancengleichheit‘ verstanden werden, die vor allem auf eine bessere Bildungschancenverteilung setzt. Die gegenwärtig vor allem in Deutschland zu beobachtenden Exzellenz-(Elite-)Prozesse im Bildungsbereich und die Widerstände gegen die Reform des dreigliederigen Schulsystems zeigen allerdings, dass auch hier Demokratiever sagen erwartet werden kann.

unterschiede mehr gibt, andererseits erfüllen die elitären Interessenkoalitionen, die die konstruktivistische Agendatheorie offengelegt hat, ihre subversive Arbeit nicht durch Bildung von *Marktmonopolen*, sondern durch *Meinungs-* bzw. *Ideologiemonopole*. Eine Veränderung der Rahmenbedingungen müsste also wesentlich am Medienmarkt ansetzen, um so etwas wie Chancengleichheit beim Agenda-Setting sicherzustellen. Da die verfassungsmäßig überall abgesicherte Meinungs- und Pressefreiheit die Eingriffsmöglichkeiten in den Medienmarkt zurecht stark beschränken, bliebe die einigermaßen naive Hoffnung, die Kommerzialisierung der Medien durch Überführung von privat- in gemeinwirtschaftliche Unternehmen ohne Gewinnstreben (z.B. Stiftungen) zu reduzieren und so den Agenda-Setting-Bias quasi durch ‚Neutralisierung‘ zu beseitigen (vgl. Held 1998). Naiv daran ist gleichermaßen der Glaube, dies sei rechtlich durchsetzbar wie die Hoffnung, damit tatsächlich einen ausgeglicheneren Meinungs- und Deutungswettbewerb zu erzeugen. Gerade der beispielhafte Verweis auf gemeinnützige Bildungseinrichtungen (wie z.B. öffentlich-rechtliche oder Stiftungs-Universitäten; vgl. Held 1998: 84) ist entmutigend, ist es doch auch hier durch verschiedene Anreizsetzungen gelungen, insbesondere in den für die Ideologieproduktion bedeutsamen Wirtschaftswissenschaften ein Theoriemonopol (Mainstream) durchzusetzen (vgl. Heise 2010b), das beim Agenda-Setting und Framing massive Unterstützung leistet.

Aber selbst wenn es gelänge, den elitären Agenda-Setting-Bias systematisch zu beseitigen, wäre damit noch nicht der allgemeineren Kritik entkommen, einfache Mehrheits-Demokratien würden es erlauben, dass sich Individualinteressen (wenn auch der Mehrheit) gegen andere Individualinteressen (der Minderheit) durchsetzen, jedenfalls würde keineswegs lediglich den Gemeininteressen Rechnung getragen (vgl. Hayek 1944: 50ff.). Je nachdem ob man ‚Demokratie‘ als ‚Selbstorganisationsform komplexer Sozialsysteme‘ versteht oder als ‚Herrschaftsprinzip‘, in dem Individual- oder Gruppeninteressen nicht zulasten anderer Individual- oder Gruppeninteressen dominant werden dürfen, wirft dies grundsätzliche, über das hier dargelegte Thema hinausgehende Fragen der Legitimation von Entscheidungsstrukturen auf,<sup>31</sup> die nur kurz abschließend adressiert werden können.

Um also der ‚Tyrannei der Mehrheit‘ (Tocqueville) zu entkommen, müsste das Zustimmungsquorum in Richtung der Einstimmigkeit angehoben werden – was gewöhnlich mit ineffizient hohen (netto) Entscheidungskosten verbunden und deshalb zugunsten einer einfachen Mehrheitswahl verworfen wird. Die Entscheidungskosten können allerdings deutlich gesenkt werden, wenn kollektive Entscheidungen nur für Situationen gesucht werden, die Gewinn- bzw. Positivsummenspiele beschreiben – Entscheidungssituationen, die Nullsummen- oder Verteilungsspiele umfassen, blieben hingegen ausdrücklich ausgeschlossen. Dies scheint implizit die Vorstellung Rousseaus und explizit die der daran anknüpfenden Sozialkontrakttheoretiker um Hayek und Buchanan zu sein (vgl. z.B. Scharpf 2000: 259ff., Buchanan/Tullock 1962). Die gewöhnlich daraus gezogene Konsequenz, die Sozialkontrakt- oder auch Konkordanz-Demokratie gewährleiste nur den hier beklagten Minimalstaat (vgl. Scharpf 2000: 259)<sup>32</sup>, erscheint dann folgerichtig, wenn man die grundlegenden Postulate der ‚spontanen

<sup>31</sup> Zur Legitimation demokratischer Entscheidungen vgl. Peter (2009).

<sup>32</sup> Arend Lijphart (1999: 275ff.) kommt in seinem Vergleich von 36 Demokratien allerdings zu einem anderen Ergebnis. Danach sind ‚Konsens-Demokratien‘ sozialstaatlicher als ‚Westminster-Demokratien‘. Mit dieser

Ordnung' und der ‚Gültigkeit der Anspruchstheorie‘ akzeptiert, wonach die marktliche Interaktion der effizienteste Koordinierungsmechanismus ist und die gegebene Vermögenserstattung dann zu akzeptieren ist, wenn sie auf rechtmäßigem Erwerb beruht (vgl. Heise 2011b: 279ff.). Werden diese Postulate aber auf keynesianischer oder marxistischer Grundlage abgelehnt, entsteht viel mehr Raum für pareto-überlegene Interventionen gerade auch sozial- bzw. wohlfahrtsstaatlicher Orientierung mit ausdrücklich redistributiver Intention (vgl. Wilkinson/Pickett 2010), die als Positivsummenspiele verstanden und deshalb zumindest als das Gemeinwohl fördernd<sup>33</sup> von allen Gesellschaftsmitgliedern akzeptiert werden könnten und es deshalb auch zu Verhandlungslösungen kommen sollte (vgl. Scharpf 2000: 197ff.). Freilich gilt dies uneingeschränkt nur dann, wenn keine Informationsprobleme und Unsicherheiten über Realitätsinterpretationen bestehen.<sup>34</sup> Werden diese aber realistischerweise konzediert, wird der elitäre Bias deshalb noch verstärkt, weil deren Grundlage, ein möglichst interventionsfreier Wirtschaftsablauf ohne distributiven Eingriff, mittels Veto-Stellung erzwungen werden kann<sup>35</sup> – dies sind die Erfahrungen des Policymaking auf europäischer Ebene, wo das zumindest für grundlegende Entscheidungen gültige Einstimmigkeitsprinzip zur Dominanz der negativen (liberalisierenden) gegenüber der positiven (Interventionsinstitutionen schaffenden) Integration geführt hat (vgl. Scharpf 1996).

Es können hier keine definitiven Lösungen des Problems ‚Demokratie-Versagen‘ gegeben werden. Wir haben gesehen, dass Demokratie im Kapitalismus sicher nicht ‚die Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk‘ (Abraham Lincoln) ist, sondern eher die Kunst, ‚sich an die Stelle des Volkes zu setzen und ihm feierlich in seinem Namen, aber zum Vorteil einiger guter Hirten, die Wolle abzuscheren‘ (Romain Roland). Dennoch sollten wir uns bewusst sein, dass es keine Alternative zur Demokratie gibt. Um das Funktionieren der Demokratie im Kapitalismus in dem Sinne zu verbessern, dass eine ‚das Gemeinwohl maximal förderliche Politik‘ betrieben werden kann und somit eine dauerhafte Legitimation der gesellschaftlichen Selbstorganisation gewährleistet bleibt, müssen einerseits die Agenda-Setting- und Framing-Prozesse offener und pluraler gestaltet werden, andererseits die Verhandlungsbereitschaft in Konsensdemokratien jenseits des Mehrheitswahlrechts gestärkt werden. Die neuen Medien (Internet, Telefonie) mögen zu ersterem beitragen und die den elitären Bias erzeugende Stellung der traditionellen Medien (Zeitungen, Fernsehen) langfristig untergraben, die Kombination von Einstimmigkeits- und Mehrheitswahlrechtselementen (Überprüfung von angenommenen und gescheiterten Gesetzesverfahren durch Volksbefragungen mit geringer Voraussetzungsanforderung; ‚der lange Schatten des Plebiszit‘) mag letzteres ermöglichen. Es bleiben reichlich offene Fragen und der Eindruck, dass etwas Experimen-

---

Einteilung wird aber nicht auf die Wahl- bzw. Entscheidungsregel (Mehrheit versus Einstimmigkeit), sondern die Repräsentation bzw. die Regierungskonstellation abgestellt.

<sup>33</sup> Wenngleich das Gemeinwohl aus oben genannten Gründen objektiv nicht bestimmt werden kann, kann doch aber jede Verbesserung nach dem Pareto-Kriterium als ‚dem Gemeinwohl dienend‘ verstanden werden. Scharpf (2000: 159ff.) argumentiert an dieser Stelle mit dem Kaldor-Wohlfahrtskriterium, das allerdings auf problematischen interpersonellen Nutzenvergleichen basiert.

<sup>34</sup> Dies impliziert, dass unterschiedliche (wissenschaftlich begründete) Auffassungen darüber bestehen, ob z.B. sozialpolitische Maßnahmen mit distributiver Intention tatsächlich ein Positiv- oder vielleicht doch eher ein reines Nullsummenspiel darstellen.

<sup>35</sup> Dahl (1989: 136ff.) spricht deshalb von der ‚Tyrannei der Minderheit‘.

tierfreudigkeit der Demokratie ganz gut täte. Fatal wäre es, wenn – wie Dahl (1989: 279) schwarz malt – die scheinbar paradoxe Erkenntnis der ‚Minority rule‘ in der Mehrheits-Demokratie nur deshalb verworfen würde,<sup>36</sup> weil der revolutionäre Impetus marxistischer Lesart als sozial-illusionär und der reformerische Ansatz prozeduraler Korrekturen als Ausweis der Ratlosigkeit gebrandmarkt und beides als desillusionierend verstanden würde.

---

<sup>36</sup> Als weiteren Grund der Zurückweisung der ‚Minority rule‘ gibt Dahl (1989: 274f.) das Versäumnis an, die Kontrollmechanismen und –wege offengelegt zu haben. Wenn man mit Dahl (1989: 277) unter ‚Minority rule‘ auch die indirekte und, zugegebenermaßen unvollständige Kontrolle mittels hegemonialer Agenda-Setting- und Framing-Prozesse versteht, dann sollten die Kontrollmechanismen und –wege hinreichend klar geworden sein.



## Literatur

- Almond, G.A.; Capitalism and Democracy; in: Political Science and Politics, Sep. 1991, S. 467 – 474
- Arestis, P., Pelagidis, T.; Absurd Austerity Policies in Europe; in: Challenge, Vol.53, No.5, 2010, S. 54 – 61
- Arlt, H.-J., Storz, W.; Drucksache ‚Bild‘ – Eine Marke und ihre Mägde. Die ‚Bild‘-Darstellung der Griechenland- und Euro-Krise 2010, Otto-Brenner-Stiftung Arbeitshefte 67, Frankfurt 2011
- Brenke, K.; Reallöhne in Deutschland über mehrere Jahre rückläufig; in: DIW Wochenbericht Nr. 33, 2009
- Buchanan, J.M., Tullock, G.; The Calculus of Consent, Ann Arbor 1962
- Chomsky, N.; Media Control. Wie die Medien uns kontrollieren, München 2006
- Crouch, C.; Das lange Leben des neoliberalismus; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H.11, 2011, S. 49 – 62
- Dahl, R.A.; Democracy and Its Critics, New Haven 1989
- Domar, E.D.; The 'burden of debt' and National Income; in: American Economic review, Vol.34, 1944, S. 798 – 827
- Douthat, R. et al., Big Business, Big Government, and Libertarian Populism. Cato Policy Report, March/April, 2010, S. 11-12
- Dowding, K.; Power, Buckingham 1996
- Friedrich, C.J.; Politische Autorität und Demokratie; in: Zeitschrift für Politik, Jg. 7, 1960
- Fukuyama, F.; The End of History?, in: National Interest, Summer 1989
- Hall, P.A., Soskice, D. (Hrsg.); Varieties of Capitalism, Oxford 2001
- Hayek, F.A.; Road to Serfdom, New York 1944
- Heise, A.; Postkeynesianische Finanzpolitik zwischen Gestaltungsoptionen und Steuerungsgrenzen; in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 31. Jg., Nr.2, 2001, S. 269 – 284

Heise, A.; Dreiste Elite, Hamburg 2003

Heise, A.; German Social Democratic Economic Politics, in: Intervention – Journal of Economics, Vol. 2, No.2, 2005, S. 131 – 151

Heise, A.; The Political Economy of Meritocracy; in: Review of Radical Political Economy, Vol. 40, No.1, 2008, S. 67 – 88

Heise, A.; Das Ende der SPD ... und ihr Neuanfang, Arbeitspapiere für Staatswissenschaften Nr. 35, Universität Hamburg, Hamburg 2010a

Heise, A.; Krise der Wirtschaftswissenschaften – Raum für Alternativen? Plädoyer für einen Pluralismus in der Ökonomik; in: Jens, U., Romahn, H. (Hrsg.); Methodenpluralismus in den Wirtschaftswissenschaften, Marburg 2010b, S. 33 – 50

Heise, A.; European Governance: Institutionelle Reformen nach der Krise; in: Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 91. Jg., H.9, 2011a, S. 634 - 642

Heise, A.; Gesellschaftswissenschaftliche Ideale; in: Der Staat – Zeitschrift für Staatslehre und Verfassungsgeschichte, deutsches und europäisches öffentliches Recht, 50. Bd., H.2, 2011b, S. 268 – 294

Heise, A., Lierse, H.; Wirtschaftskrise, Austeritätspolitik und das europäische Sozialmodell; in: Wirtschaft und Gesellschaft, 37. Jg., H.2, 2011, S. 201 – 231

Held, V.; Medienkultur und Demokratie; in: Brunkhorst, H. (Hrsg.); Demokratischer Experimentalismus, Frankfurt 1998, S. 67 – 91

Hirschman, A.O.; Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl, Frankfurt 1982

Iversen, T.; Capitalism and Democracy; in: Weingast, B.R., Wittman, D. A. (Hrsg.); The Oxford Handbook of Political Economy, Oxford 2006, S. 601 – 623

Jessop, B., Sum, N-L.; Beyond the Regulation Approach, Cheltenham 2006

Kahneman, D., Slovic, P., Tversky, A.; Judgement under uncertainty: Heuristics and biases, Cambridge 1982

Karrass, A.; Die EU und der Rückzug des Staates. Eine Genealogie der Neoliberalisierung der europäischen Integration, Bielefeld 2009

- Keech, W.R.; Democracy, Dictatorship and Economic Performance in Chile; Vortrag gehalten auf dem Lateinamerika Treffen der Econometric Society in Santiago de Chile vom 28. – 30. 07. 2004, Santiago de Chile 2004
- Kitromilides, Y.; Deficit reduction, the age of austerity, and the paradox of insolvency; in: Journal of Post Keynesian Economics, Vol. 33, No.3, 2011, S. 517 – 536
- Köcher, R.; Minenfeld Sozialpolitik; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 298 v. 22.12.2010. S. 5
- Kraiker, G.; Kapitalismus versus Demokratie. Vom Widerspruch der bürgerlichen Gesellschaft; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 10/2011, S. 65 – 73
- Lijphart, A.; Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries, New Haven 1999
- Lutz, B.; Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt 1984
- Maurer, M.; Warum 'Wahlprognosen' scheitern – vier Thesen zur Wahlrationalität in der Mediendemokratie; in: Politische Studien, H. 417, 59. Jg, 2008, S. 41 – 52
- Milanovic, B.; The Median Voter Hypothesis, Income Inequality and Income Redistribution: An Empirical Test With The Required Data, Luxembourg Income Study Working Paper No. 256, Luxembourg 2000
- Möller, J., Schmillen, A.; Verteilung von Arbeitslosigkeit im Erwerbsleben: hohe Konzentration für wenige – steigendes Risiko für alle; in: IAB Kurzbericht Nr. 24, 2008
- Nachtwey, O.; Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009
- Nordmann, J.; Keine Alternative. Neoliberale Positionen in den Printmedien nach dem Finanzcrash; in: Ötsch, W.O., Thomasberger, C. (Hrsg.); Der neoliberale Markt-Diskurs. Ursprünge, Geschichte, Wirkungen, Marburg 2009, S. 257 – 276
- Nozick, R.; Anarchy, State, and Utopia, New York 1974
- Olson, M.; Dictatorship, Democracy, and Development; in: American Political Science Review, Vol. 87, No.3, 1993, S. 567 – 576
- Peter, F.; Democratic Legitimacy, New York 2009
- Plenum der Ökonomen, Stellungnahme zur EU-Schuldenkrise, veröffentlicht v. Bernd Lucke, Hamburg 2011 (<http://www.wiso.uni-hamburg.de/lucke/?p=581>)

- Rehmann, J., Wagner, Th.; Angriff der Leistungsträger? Das Buch zur Sloterdijk-Debatte, Berlin 2010
- Reißig, R.; Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden 2009
- Rieger, E., Leibfried, S.; Welfare State Limits to Globalisation; in: Politics & Society, Vol. 26, No. 3, 1998, S. 360 – 393
- Roemer, J.E.; Einige Probleme der Demokratie; in: Brunkhorst, H. (Hrsg.); Demokratischer Experimentalismus, Frankfurt 1998, S. 157 – 174
- Scharpf, F.W.; Negative and Positive Integration in the Political Economy of European Welfare States; in: Marx, G., Scharpf, F.W., Schmitter, P.C., Streeck, W.; Governance in the European Union, London 1996, S. 15 – 37
- Scharpf, F.W.; Interaktionsformen, Opladen 2000
- Scharpf, F.W.; Monetary Union, Fiscal Crisis and the Preemption of Democracy, Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung Discussion Paper 11/2011
- Sloterdijk, P.; Aufbruch der Leistungsträger; in: Cicero, H.11, 2009, S. 94 – 107
- Stiglitz, J.; Dangers of deficit-cut fetishism; in: The Guardian vom 07.03.2010
- Vester, M.; Gibt es eine ‚Neue Mitte‘?; in: perspektiven ds, Jg. 17, Nr. 1, 2000, S. 17 – 31
- Vester, M.; Auf dem Weg zu einem ‚partizipatorischen Wohlfahrtsstaat‘?; in: perspektiven ds – Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik, 28. Jg., H. 1, 2011, S. 27 – 49
- Walpen, B.; Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pelerin Society, Hamburg 2004